

Grundlage und Ausgangspunkt für die Modernisierung

Das neue Berufsbildungsgesetz hat auf Ebene der einzelnen Bildungserlasse zu einem Reformschub geführt. Zudem wurden sämtliche Berufe ausserhalb des Hochschulbereichs einheitlich geregelt. Die Berufsbildung hat sich zu einem chancengleichen alternativen Ausbildungsweg zu den allgemeinbildenden Angeboten entwickelt. Das System ist zu pflegen und sorgfältig weiterzuentwickeln. *Jürg Zellweger*

Am offensichtlichsten zeigen sich die Neuerungen bei der Modernisierung der beruflichen Grundbildung: Bis Anfang 2010 sind 116 (von 220) Berufslehren revidiert worden. Die Branchenverbände sind dabei gefordert, ihre zukünftigen Qualifikationsbedürfnisse zu identifizieren, Aus- und Weiterbildungskonzepte zu entwickeln und umzusetzen. Dies geht nicht ohne erhebliches Milizengagement der Unternehmen. Zwar werden solche Reformen oft unbemerkt von der breiten Öffentlichkeit vollzogen, doch haben diese eine beachtliche Breitenwirkung und eine echte Nachhaltigkeit. Ist doch für rund zwei Drittel aller Jugendlichen die Lehre die Eintrittskarte für einen gelungen Start in die Arbeitswelt.

Herausforderungen in den nächsten Jahren

Das neue Gesetz hat sich als eine wirkungsvolle Grundlage und Ausgangspunkt für die Modernisierung erwiesen. Für die nächsten Jahre ortet der Bundesrat in seinem Bericht jedoch in fünf Bereichen Handlungsbedarf:

- Der verschärfte Wettbewerb um gut qualifizierte Schülerinnen und Schüler zwischen der Berufsbildung und der Allgemeinbildung (insbesondere Gymnasien) macht es nötig, die Berufsbildung auch für gute Schüler attraktiv zu halten.
- Auch schulisch und sozial Schwächere sollten einen nachobligatorischen Abschluss erreichen können. Dazu sind zusätzliche niederschwellige Angebote zu entwickeln und Unterstützungsmassnahmen vorzusehen.



Für viele Jugendliche die Eintrittskarte in die Arbeitswelt: Die berufliche Grundbildung.

- Die höhere Berufsbildung (eidgenössische Prüfungen, höhere Fachschulen) ist in Abgrenzung zur Weiterbildung neu zu positionieren und transparent zu finanzieren.
- Die Stärken der dualen Berufslehre und der höheren Berufsbildung sollen auf internationaler Ebene besser wahrgenommen werden. Ansonsten bleibt die Anerkennung von Abschlüssen verwehrt und werden die Mobilität von Fachkräften sowie Internationalisierungsprozesse von Unternehmen behindert.

- Der gesetzliche Richtwert, wonach der Bund einen Viertel der Berufsbildungskosten der öffentlichen Hand übernimmt, soll in der Periode 2013 bis 2016 erreicht werden, nachdem man dieses Ziel in der fünfjährigen Übergangsphase verfehlt hat (2008: 17,4 Prozent).

Dem System Sorge tragen

Die Berufsbildung trägt mit gut ausgebildeten Fach- und Führungskräften zur hohen Qualität der Arbeit in der Schweizer Volkswirtschaft bei. Die Unternehmen profitieren von erhöhter Produktivität, die Mitarbeitenden von guten Karrierechancen. Wirtschaftliche Innovation und soziale Stabilität sind von gesellschaftlichem Interesse.

Dem erfolgreichen Berufsbildungssystem muss jedoch Sorge getragen werden. Probleme in einzelnen Bereichen, wie etwa auf dem Lehrstellenmarkt oder beim Übertritt in die Berufswelt sind mit gezielten, gut abgegrenzten Einzelmassnahmen zu beheben, nicht mit Systemänderungen.

Zur Verantwortung für die Berufsbildung gehört auch die konsensorientierte Zusammenarbeit der Verbundpartner (Bund, Kantone, Organisationen der Arbeitswelt), dies auf allen Ebenen und in unzähligen Projekten. Dann kann die Berufsbildungspolitik effizient und zukunftsgerichtet umgesetzt werden. ■

Der Bericht des Bundesrats «Sechs Jahre neues Berufsbildungsgesetz – eine Bilanz» steht als PDF zur Verfügung auf www.bbt.admin.ch.

Jürg Zellweger ist Mitglied der Geschäftsleitung des Schweizerischen Arbeitgeberverbands.